

Ruf doch mal an

Am Telefon erklären Litauer Russen den Krieg in der Ukraine – und deren Zweifel nehmen zu

München – Am Anfang seien sie eigentlich nur angeschrien worden. Vier, fünf Minuten, dann war das Gespräch beendet, erzählt Paulius Senūta. Das war im März, in den ersten Wochen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine. Damals hatten er und seine Freunde in Litauen gerade ihre Plattform Call Russia aufgelegt. „In den ersten Kriegstagen hat einfach jeder hier in Litauen irgendetwas getan. Unsere Idee war eben, anzurufen“, erinnert er sich. Dass alle in Litauen Verbindungen zu Russland haben, sei doch klar. Schließlich gehörte das Land bis zum 11. März 1990 zur Sowjetunion. Und deshalb, erzählt Senūta im Zoom-Gespräch, verstehen die meisten Litauer auch Russisch, „auch wenn sie es nicht mehr sprechen“.

Senūta und seine Bekannten ließen sich von der anfänglichen Wut der Russen am anderen Ende der Leitung nicht abschrecken, nach zehn Monaten Krieg rufen sie immer noch täglich über einen Zufallsgenerator irgendjemanden in Russland an – und reden. Etwa 51000 Anrufer haben schon ihr Glück versucht, etwa 180000 Mal wurde eine der russischen Nummern gewählt, etwa halb so viele Gespräche hätten stattgefunden. Längst ergeben sich richtige Unterhaltungen, das könne eine Stunde dauern, auch mal drei. Manche der Angerufenen wollen danach Kontakt halten, schreiben Nachrichten, rufen zurück. „Die Leute wollen reden“, sagt Senūta.

Das Ziel von Call Russia ist ehrgeizig, denn die Freiwilligen wollen nicht nur aus der westlichen Perspektive erzählen oder Informationen weitergeben, sie wollen eine Meinungsänderung bewirken. „Das ist doch das einzige, was uns wirklich helfen kann: von Mensch zu Mensch miteinander reden.“ Auch wenn das in Litauen nicht jeder so sehe, manch einer frage auch: Warum mit den Russen sprechen, besser man erschießt sie alle.



Ein Moskauer 1992 in einer Telefonzelle. Heute rufen Balten in Russland an, um über den Krieg zu sprechen. FOTO: IMAGO

„Wir werden ständig gefragt, wo jetzt eigentlich die Front ist, welche Verluste es in der russischen Armee gibt, wie es wirklich aussieht in der Ukraine“, erzählt Senūta. Selbst wenn die Leute dem Kreml in der Begründung für den Krieg folgten – die militärischen Meldungen glaubten sie nicht. Es gebe Menschen, hört Senūta aus den Gesprächen heraus, die vielleicht protestieren würden und sich wehren möchten gegen Putins Politik. Aber sie haben eben auch Angst. „Und zwar nicht vom Kreml, sondern vor ihren Nachbarn.“ Senūta beschreibt ein System gegenseitiger Belauerung.

Die Anrufe, räumt der 46-jährige Werbefachmann ein, seien sehr anstrengend. „Wir haben mit Psychologen eine Gesprächstechnik ausgearbeitet.“ Man müsse ehliches Interesse haben, zuhören und konträre Ansichten ertragen können. „Die denken, dass wir keine Ahnung haben und Russland einfach nicht verstehen.“ Mindestens über die vergangenen 20 Jahre sei das Feindbild des Westens aufgebaut worden, der Russland nur erniedrigen wolle. Und tatsächlich, sagt Senūta, wüssten doch die meisten Europäer und Amerikaner viel zu wenig oder auch gar nichts über die Russen.

Deshalb will Call Russia auch in die andere Richtung wirken. Institutionen der Europäischen Union oder Nichtregierungsorganisationen seien interessiert an den Erfahrungen und Erkenntnissen der freiwilligen Anrufer – und nutzen diese, um Informationskampagnen besser auf russische Adressaten zuzuschneiden.

Etwa 40 Millionen russische Telefonnummern hat sich die Gruppe aus dem Internet geladen – und die sollen alle kontaktiert werden. Kann denn jeder anrufen? Russisch sollte man schon beherrschen, auf Englisch bringe das nichts, sagt Senūta.

Die meisten Anrufe kämen noch immer aus Litauen und den anderen baltischen Ländern, aber auch von Exil-Russen überall in der Welt. Sein Freund, der die Idee dazu hatte, leite eine Mediengruppe. Gemeinsam mit IT-Experten, Marketing- und PR-Leuten habe man das Projekt innerhalb von fünf Tagen im März auf die Beine gestellt.

Zehn Monate später sehen sich die Aktivisten natürlich nicht am Ziel, aber Paulius Senūta ist zuversichtlich. Er beobachtet einen Meinungsumschwung in Russland: „Die Leute verlieren den Glauben daran, dass sie den Krieg gewinnen können.“ Ob er und die anderen Anrufer zu dieser Veränderung wirklich beitragen konnten? „Natürlich ändere ich nicht das Weltbild eines fremden Menschen innerhalb einer Stunde. Aber die Leute fangen an, nachzudenken.“

Viktoria Großmann

Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de



Stromausfall in der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Der Grund für die Energieprobleme in der Ukraine sind aber anders als erwartet keine Hackerattacken, sondern Angriffe mit normalen Waffen wie Raketen und Drohnen. FOTO: SPENCER PLATT/GETTY

Abgestürzt

Es ist ein fast archaischer Krieg, den Russland mit Panzern und Artillerie in der Ukraine führt. Von der berüchtigten russischen Cyberarmee war bislang wenig zu hören. Woran liegt das?

Von Sebastian Gierke

München – Stromausfälle, lahmgelegte Züge, abgestürzte Flugzeuge: Vor allem US-Sicherheitsexperten haben solch heftige Folgen eines russischen Cyberangriffs auf die Ukraine prognostiziert. Doch seit dem 24. Februar, dem Tag des russischen Überfalls, erreichen die Video-Botschaften von Präsident Wolodimir Selenskij die ukrainische Bevölkerung. Das Internet ist nicht flächendeckend ausgefallen, und Elektrizität war lange kein Problem – bis Moskau begann, das Stromnetz mit Raketen zu zerstören. „Wir haben viel bedeutendere Auswirkungen erwartet, als die, die wir tatsächlich gesehen haben“, sagte Mieke Eoyang, eine hochrangige Cyber-Beamtin im US-Verteidigungsministerium im November. „Russische Cyberstreitkräfte haben genau wie die traditionellen Streitkräfte die Erwartungen nicht erfüllt.“

Doch stimmt das? Franz-Stefan Gady, Analyst am Institute for International Strategic Studies (IISS) in London, mahnt zur Vorsicht bei der Beurteilung. „Im Cyber-Bereich bleibt im Vergleich zur konventionellen Kriegsführung vieles im Dunklen.“ Einen „Shock and Awe“-Moment hat es aber bislang nicht gegeben, einen Angriff im digitalen Raum von großer strategischer Bedeutung, einen, der den Kriegsverlauf nachhaltig beeinflusst hätte. Das bedeutet aber nicht, dass die bisherigen Operationen keinerlei strategischen Wert für Moskau gehabt hätten. „Gerade in der Initialphase des Krieges haben russische Cyberangriffe ihren Zweck erfüllt“, sagt Gady.

Schon bevor am 24. Februar die ersten Gewehrketten abgefeuert wurden, hatte die russische Attacke im Internet begonnen. Bereits im Januar hatte der russische Militärgeschäftsdienst sogenannte Wiper-Software gegen Netzwerke der ukrainischen Regierung eingesetzt. Damit könnten Daten auf Festplatten dauerhaft unbrauchbar gemacht werden. Und eine knappe Stunde, bevor die ersten Panzer über die Grenze rollten, gelang es russischen Hackern, das KA-Sat-Satellitenetzwerk des Anbieters Viasat auszuschalten, das auch das ukrainische Militär zur Kommunikation nutzt. „Das führte zu erheblichen Koordinierungsschwierigkeiten auf ukrainischer Seite“, erklärt Analyst Gady. Auch ukrainische Offizielle gaben zu, dass die taktisch-militärischen Auswirkungen dieser Attacke in den ersten Kriegstagen teils gravierender waren. Unter anderem waren Regierungsbehörden, militärische Einrichtungen, die Rüstungsindustrie und Energieunternehmen betroffen. Auch

5800 Windturbinen in Deutschland fielen zeitweise aus. Die Ukraine reagierte schnell und effektiv. Das Land war vorbereitet, es war nicht zum ersten Mal mit russischen Cyberangriffen konfrontiert. Im Jahr 2015 hatten russische Hacker die Energieversorger ins Visier genommen, es kam zum weltweit ersten großen Stromausfall, verursacht durch einen Hackeranschlag. Kurz vor Weihnachten im Jahr 2016 folgte eine weitere Attacke auf das Stromnetz. Und 2017 fand eine der größten Cyberangriffe statt, die jemals öffentlich bekannt geworden ist. *Not-Petya*, so der Name, war ein russischer Großangriff auf Infrastruktur überall in der Ukraine, der auch in angrenzenden Ländern für Kollateralschäden sorgte.

Jeder dieser Angriffe wurde von der Ukraine genutzt, um die eigenen Systeme sicherer zu machen, aus jedem hat das Land gelernt. Oft wird Schadsoftware weiterentwickelt, aus älteren Versionen kann man viel über aktuelle lernen. Als im April das vom Kreml gesteuerte Hackerteam

Paris – Danielle Zeiss macht ihren Job schon lange. Seit mehr als 20 Jahren unterrichtet sie angehende Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer an der Pariser Universität Sorbonne. Als sie angefangen hat, gab es zwei Gruppen mit jeweils 40 Leuten. Heute, erzählt Zeiss, unterrichtet sie im Masterstudiengang gerade noch vier Studierende. „Es gibt viele Universitäten, die ihre Deutsch-Abteilungen schließen müssen, weil es keine Bewerber mehr gibt.“

In Frankreich herrscht Deutschlehrermangel. Vor dem Start des Schuljahres im vergangenen Sommer waren laut dem französischen Bildungsministerium 45 Prozent der Deutschlehrerstellen nicht besetzt, in den vergangenen drei Jahren hatte der Anteil zwischen 19 und 30 Prozent gelegen. Selbst in den Fächern Latein und Mathematik gab es weniger Probleme, Posten zu besetzen.

Englisch und Spanisch seien Weltsprachen, Deutsch könne da nicht mithalten, sagt die Dozentin

„Das Problem verschiebt sich immer weiter“, sagt die Dozentin Danielle Zeiss. „Je weniger Schüler in der Schule Deutsch lernen, desto weniger landen am Ende in der Uni, um Deutschlehrer zu werden.“ Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die Deutsch als erste Fremdsprache lernen, geht in Frankreich schon seit Jahren zurück. 2002 lag er nach Angaben des französischen Bildungsministeriums bei acht Prozent, 2021 nur noch bei knapp drei Prozent. Auch als zweite Fremdsprache wird Deutsch immer unbeliebter. Gerade einmal 15 Prozent der Schüler entschieden sich 2021 für Deutsch als zweite Fremdsprache – und 73 Prozent für Spanisch. „Englisch und Spanisch sind Weltsprachen, da kann Deutsch nicht mithalten“, sagt Zeiss.

„So sehr man versucht, das Land als sexy darzustellen, das kommt irgendwie

deutung, einen, der den Kriegsverlauf nachhaltig beeinflusst hätte. Das bedeutet aber nicht, dass die bisherigen Operationen keinerlei strategischen Wert für Moskau gehabt hätten. „Gerade in der Initialphase des Krieges haben russische Cyberangriffe ihren Zweck erfüllt“, sagt Gady.

Schon bevor am 24. Februar die ersten Gewehrketten abgefeuert wurden, hatte die russische Attacke im Internet begonnen. Bereits im Januar hatte der russische Militärgeschäftsdienst sogenannte Wiper-Software gegen Netzwerke der ukrainischen Regierung eingesetzt. Damit könnten Daten auf Festplatten dauerhaft unbrauchbar gemacht werden. Und eine knappe Stunde, bevor die ersten Panzer über die Grenze rollten, gelang es russischen Hackern, das KA-Sat-Satellitenetzwerk des Anbieters Viasat auszuschalten, das auch das ukrainische Militär zur Kommunikation nutzt. „Das führte zu erheblichen Koordinierungsschwierigkeiten auf ukrainischer Seite“, erklärt Analyst Gady. Auch ukrainische Offizielle gaben zu, dass die taktisch-militärischen Auswirkungen dieser Attacke in den ersten Kriegstagen teils gravierender waren. Unter anderem waren Regierungsbehörden, militärische Einrichtungen, die Rüstungsindustrie und Energieunternehmen betroffen. Auch

nicht rüber“, sagt die Deutschlehrerin Christiane Pawelka aus Paris. Lange galt Deutsch in Frankreich als Sprache für die besseren Schüler, das Image einer elitären und schwierigen Sprache schreckt noch immer viele ab. Im Englischen hätten die Schülerinnen und Schüler sehr viel schneller Erfolgserlebnisse, sagt Pawelka. Auch weil Englisch im öffentlichen Raum in Frankreich eine größere Rolle spiele, in der Werbung, auf Plakaten, in Serien.

Trotz aller Bekenntnisse zur deutsch-französischen Freundschaft führen die französischen Regierungen in den vergangenen Jahren einen bildungspolitischen Zickzack-Kurs. 2015, in der Amtszeit von Präsident François Hollande, wollte die sozialistische Bildungsministerin Najat Vallaud-Belkacem die sogenannten *classes bilingues* schließen. In diesen Klassen lernen französische Schüler im Collège neben Englisch noch eine zweite Sprache parallel, oft Deutsch. Die Klassen gelten als prädestiniert für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler, Vallaud-Belkacem fand sie zu elitär.

Nachdem die Pläne der Ministerin viel Empörung hervorriefen, ruderte sie teilweise zurück und entschied, die Klassen an all jenen Schulen beizubehalten, an denen die jeweilige zweite Sprache schon in der Grundschule unterrichtet wurde. Als Emmanuel Macron 2017 Präsident wurde, kündigte er an, 1200 neue bilinguale Klassen zu schaffen. „Das Hin und Her hat dem Fach Deutsch trotzdem geschadet“, sagt Christiane Pawelka, die Lehrerin aus Paris.

Aus dem französischen Bildungsministerium heißt es auf Nachfrage, die Förderung der deutschen Sprache sei ein wichtiges Anliegen. Das Ministerium verweist auf eine Absichtserklärung, die der französische Bildungsminister Pap Ndiaye und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst, der zugleich deutsch-französischer Kulturbvollmächtigter ist, erst kürzlich im November unterschrieben haben.

Kurz nach der Invasion wurden wichtige Daten in die Cloud transferiert

einen Hackeranschlag. Kurz vor Weihnachten im Jahr 2016 folgte eine weitere Attacke auf das Stromnetz. Und 2017 fand eine der größten Cyberangriffe statt, die jemals öffentlich bekannt geworden ist. *Not-Petya*, so der Name, war ein russischer Großangriff auf Infrastruktur überall in der Ukraine, der auch in angrenzenden Ländern für Kollateralschäden sorgte.

Jeder dieser Angriffe wurde von der Ukraine genutzt, um die eigenen Systeme sicherer zu machen, aus jedem hat das Land gelernt. Oft wird Schadsoftware weiterentwickelt, aus älteren Versionen kann man viel über aktuelle lernen. Als im April das vom Kreml gesteuerte Hackerteam

Sprachlos

Immer weniger Schüler in Frankreich wollen Deutsch lernen, immer weniger angehende Lehrer das Fach unterrichten – obwohl die Politik gegensteuert

In der Erklärung versprechen die Politiker, dass sie die Zahl der Deutschlernenden in Frankreich und die der Französischlernenden in Deutschland erhöhen wollen. Dazu sollen zum Schulaustausch und Auslandsaufenthalte von Lehramtsstudierenden unterstützt werden. Schon 2019 hielten Deutschland und Frankreich ähnliche Absichten im Aachener Vertrag fest, seitdem hat sich kaum etwas verbessert.

Dabei gibt es schon seit Jahren etliche deutsch-französische Initiativen, Austauschprogramme, Abibac-Klassen, binationale Studiengänge. „Man kann nicht sagen, dass die Politik nichts tut“, sagt Danielle Zeiss von der Sorbonne. Für die breite Masse scheint Deutsch trotzdem nicht attraktiver zu werden.

„Es gibt eine große Diskrepanz zwischen den schönen Worten und der Situation in den Schulen“, sagt Thérèse Clerc, Vor-

sitzende des Vereins zur Förderung des Deutschunterrichts in Frankreich (ADEAF) und selbst ehemalige Deutschlehrerin. Die Maßnahmen sollten ihrer Ansicht nach weniger auf das Drumherum abzielen und mehr darauf, den Lehrerberuf attraktiver zu machen. „Die wenigen, die Deutsch können, haben in der freien Wirtschaft wesentlich bessere Aussichten als im Lehramt“, sagt Clerc.

Tatsächlich haben Frankreichs Schulen auch unabhängig vom Fach Deutsch ein Problem, genügend Lehrer zu finden. Vor dem Beginn des Schuljahres 2022 waren 17 Prozent der Lehrerstellen in Frankreich nicht besetzt. Um zu verhindern, dass ganze Klassen nicht unterrichtet werden können, müssen die Schulen vermehrt Ausleihkräfte einsetzen.

Lehrerinnen und Lehrer werden in Frankreich schlechter bezahlt als im OECD-

Durchschnitt. Berufsanfänger verdienen nach Angaben des Bildungsministeriums etwa 1900 Euro netto, nach 20 Jahren liegt das Grundgehalt bei etwa 2500 Euro netto. Bildungsminister Pap Ndiaye hat versprochen, das Gehalt für Berufsanfänger zu erhöhen, von 2023 an sollen Lehrerinnen und Lehrer ab dem ersten Jahr mindestens 2000 Euro netto verdienen.

Aber nicht nur das Geld ist ein Problem. Weil es immer weniger Deutschklassen gibt, müssen viele Lehrer an mehreren Schulen unterrichten. Christiane Pawelka, die Deutschlehrerin aus Paris, arbeitet an zwei Schulen, eine im Pariser Norden, eine im Pariser Osten. Immer montags und dienstags unterrichtet sie an beiden Schulen. „Da bin ich am Tag zweieinhalb Stunden mit der Metro unterwegs.“ Pawelka kann verstehen, dass sich das immer weniger Leute antun wollen.

Hinzu kommt: Wer in Frankreich die Lehramtsprüfung Capes ablegt, kann danach – anders als zum Beispiel in Deutschland – im ganzen Land eingesetzt werden. „Sie können in Südfrankreich studiert haben und dann an eine Schule in Lothringen geschickt werden“, sagt Danielle Zeiss, die Deutsch-Dozentin von der Sorbonne. Dazu seien immer weniger junge Leute bereit.

Zeiss fände es sinnvoll, das zentralistische Verteilungssystem abzuschaffen. Auch könnte sie sich vorstellen, dass es helfen würde, wenn Lehrer in Frankreich nicht nur ein, sondern wie in Deutschland zwei Fächer unterrichten würden. „Dann wäre die Wahrscheinlichkeit höher, dass man nicht an zwei Schulen unterrichten muss. Und dass jemand vielleicht Deutsch noch zu einem anderen Fach dazunimmt.“

Bald wird es in Frankreich wieder viel um die deutsch-französische Freundschaft gehen, am 22. Januar jährt sich der Elysée-Vertrag zum 60. Mal. Thérèse Clerc, die Vorsitzende des ADEAF sagt: „Hoffentlich ein Anlass, um sich endlich grundsätzlich mit dem Problem zu befassen.“

Kathrin Müller-Lancé



„Das Hin und Her hat dem Fach Deutsch geschadet“: Kinder vor Beginn des Unterrichts an einer Schule in Paris. FOTO: THIBAUT CAMUS/AP

Firmen sind im Cyber-Bereich allen anderen weit überlegen.“

Angriff um Angriff konnte so abgewehrt werden. Und es waren viele. David Cattler, stellvertretender Generalsekretär für Nachrichtendienste und Sicherheit bei der Nato, erklärte schon im April, dass Russland bis zu diesem Zeitpunkt mehr Schadsoftware gegen die Ukraine eingesetzt habe, „als der Rest der Cyber-Mächte weltweit in einem Jahr nutzt“.

Die Frequenz der Angriffe hat seither deutlich nachgelassen, auch ihre Intensität konnte Moskau nicht aufrechterhalten. Einer aktuellen Untersuchung des Washingtoner Thinktanks Carnegie Endowment for International Peace zufolge haben russische Cyberangriffe mit Ausnahme der ersten Kriegstage ukrainischen Zielen nur noch „vernachlässigbaren Schaden zugefügt“. „Ukrainische Waffensysteme direkt zu attackieren, das war bislang beispielsweise nicht der Fall“, sagt Gady. Die russischen Operationen waren nicht professionell genug und wurden oft schnell

Konventionelle Angriffe sind oft günstiger und einfacher als Cyberangriffe

entdeckt. Und es wurden viele Fehler gemacht. Cyberwar-Experte Daniel Moore erklärt im Sicherheitspolitik-Podcast *Geopolitics Decanted*, dass jede der bekannt gewordenen russischen Operationen gegen die Ukraine in den vergangenen Monaten „schlampig ausgeführt“ worden sei. Auch die Koordination zwischen dem Vorgehen der konventionellen Streitkräfte und den Cyberangriffen war oft fehlerbehaftet. GCHQ-Chef Jeremy Fleming offenbarte, dass einige Male russische Raketen Netzwerke zerstörten, die russische Cybersoldaten gerade infiltrieren wollten.

Warum aber war die Attacke zu Kriegsbeginn gut vorbereitet, die meisten, die danach folgten, aber nicht mehr? Das dürfte vor allem damit zu tun haben, dass Putin nicht mit einem so langen Krieg gerechnet hat. Er glaubte, die Ukraine schnell besetzen zu können – die vorhandene digitale Infrastruktur hätten die Besatzer dann selbst genutzt. Aus diesem Grund ist es auch noch zu früh, um Entwarnung zu geben. Selbst wenn es aktuell unwahrscheinlich ist: Der russische Militärgeschäftsdienst genau wie der Auslandsgeheimdienst verfügen über das Potenzial, große Angriffe durchzuführen. Offenbar fehlen aber auch hier, wie an der Front, im Moment die Ressourcen. Wirkmächtige Cyberangriffe sind extrem teuer und aufwändig. Sie benötigen meist eine Vorbereitungszeit, die die bisherige Kriegsdauer übertrifft. Sollten die russischen Hacker aber mit der Präparation neuer Attacken begonnen haben, als absehbar war, dass der Krieg nicht in wenigen Tagen beendet sein wird, könnte es sein, dass sie gerade noch in der Vorbereitungsphase stecken. Die Präparation des Angriffs auf das Stromnetz 2016 dauerte zweieinhalb Jahre. „Da kann noch was kommen“, sagt Gady. „Man darf aber nicht zu viel spekulieren, die Datenlage ist limitiert.“

Klar aber ist 10 Monate nach der Invasion: Der Cyberkrieg ersetzt den Krieg auf dem Schlachtfeld noch nicht. Raketen und Bomben hinterlassen größere physische und psychologische Schäden. Konventionelle Munition kann das, was Cyberangriffe erreichen können, oft einfacher und günstiger bewirken. Die Grenze zwischen digitalen und physischen Konflikten verschwimmt allerdings immer mehr. Und viele Folgen der Cyber-Operationen in der Ukraine dürften noch Jahre im Verborgenen bleiben.